

Sachbearbeiter/in: Reg.-Nr. RS:
Bezirksgeschäftsstelle: Pfalz Mitgliedsnummer: 1026725992

Vereinte
Dienstleistungs-
Gewerkschaft

I. Angaben der Antragstellerin / des Antragstellers

Wagener Name	Arno Vorname
☐ AR ☐ SR ☐ VerwR ☐ StrafR ☐ sonstiges ZivilR	 € regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst
Sozialamt – SG Speyer Rechtsstreit gegen	Klage Regelsatz/Wohnungsbeschaffungskosten Klärung Hohe des statthaften Wohnraum wegen
☐ Vorverfahren ☐ Verfahren I. Instanz ☐ Verfahren II. Instanz ☐ Verfahren III. Instanz	
Weitere Angaben siehe MIBS - Auszug und Erfassungsbogen	

II. Erklärung der Antragstellerin / des Antragstellers

Mir ist bekannt, dass der gewerkschaftliche Rechtsschutz eine freiwillige Leistung ist (§ 15 Abs. 4 i. V. m. Abs. 2 d) der ver.di-Satzung), welche für jedes Verfahren und für jede Instanz gesondert beantragt werden muss. Dies gilt auch für die Zwangsvollstreckung. Die Bestimmungen der ver.di-Rechtsschutzrichtlinie über den Rechtsschutz für Mitglieder und sonstige berechnigte Personen erkenne ich an.

Über ggf. zu beachtende Ausschlussfristen wurde ich informiert. Forderungen, die während des laufenden Prozesses entstehen, habe ich selbst bei meiner Prozessvertretung schriftlich anzumelden. Mir ist bekannt, dass ich im Fall unterlassener, unvollständiger oder verspäteter Mitwirkung alleine die Folgen eines darauf zurückzuführenden Schadens zu tragen habe und keine Schadensersatzansprüche stellen kann.

Ich weiß, dass ein evtl. Schadensersatzanspruch im Rahmen des Rechtsschutzes innerhalb von drei Jahren ab dem Zeitpunkt, zu dem der Anspruch entstanden ist, spätestens jedoch mit Ablauf von drei Jahren nach Ende der Auskunftserteilung oder Prozessvertretung, verjährt.

Mir ist bekannt, dass ausschließlich schriftlich erteilte bzw. bestätigte Rechtsauskünfte verbindlich sind.

Verhandlungen mit der Gegenseite und Prozesshandlungen erfolgen ausschließlich durch meine Prozessvertretung. Auf den Rechtsstreit bezogenen Auflagen und Weisungen meiner Prozessvertretung ist zu folgen. Persönliche Verhandlungen mit der Gegenseite bedürfen der vorherigen Zustimmung. Einen zusätzlichen Prozessbevollmächtigten darf ich nicht ohne Zustimmung der ver.di beauftragen.

Ein Gewerkschafts Austritt sowie eine nicht satzungsgemäße Beitragszahlung kann zum Entfallen des Rechtsschutzes für die Vergangenheit führen und eine Rückforderung der tatsächlich entstandenen Kosten (z.B. Gerichts- und Rechtsanwaltskosten, Gutachterkosten für Sachverständige oder Kosten der DGB Rechtsschutz GmbH) nach sich ziehen.

Ort, Datum: Godelhausen, 16.06.2025

Unterschrift:

Vermerk des / der zuständigen ver.di Sachbearbeiters/in
Rechtsschutz wurde

- ☐ gewährt
- ☐ abgelehnt
- ☐ mit folgender Beschränkung gewährt:

☐ Bezirk: ☐ LBZ: ☐ Bundesverwaltung

Datum / Unterschrift:

Bearbeitungsvermerk:

- Bitte Rechtsschutz als Leistung in MIBS eintragen und einen aktuellen MIBS-Auszug zur Akte nehmen.
- Bei Rechtsschutzgewährung bitte das Mitglied mit Formblatt **7a**, **7b** oder **7c** über Entscheidung informieren.
- Bei Ablehnung (Versagung) des Rechtsschutzes bitte das Mitglied mit Formblatt **7d** über Entscheidung informieren.